

Andreas Kranebitter, Christine Schindler

Vorwort

Widerstand als Thema geschichtswissenschaftlicher und gesellschaftspolitischer Diskussionen

1963 wurde das Dokumentationsarchiv des österreichischen Widerstandes (DÖW) von ehemaligen Widerstandskämpfer*innen und Verfolgten des NS-Regimes sowie engagierten Wissenschaftler*innen in Wien gegründet. Im Jänner 2024 beging das DÖW dieses 60-Jahr-Jubiläum auf vielfältige Weise: mit einem Festakt im Wiener Rathaus, einem wissenschaftlichen Symposium und einem Dokumentarfilm, der Co-Produktion von ORF III und Pammer Film „Immer wachsam sein“. Jubiläen sind willkommene Anlässe, reflexiv auf Vergangenes zurückzublicken und daraus Impulse für die künftige Arbeit zu erhalten, vor dem Hintergrund der eigenen Geschichte nach vorne zu blicken – so stellte das Symposium eines der Kernthemen des DÖW, die Widerstandsforschung, zur Diskussion. Darauf basiert das vorliegende Jahrbuch. Alles hat im DÖW schließlich mit der Dokumentation und Erforschung des Widerstands begonnen, von Widerstand und Verfolgung im Nationalsozialismus.

Als das DÖW 1963 gegründet wurde, war das einerseits eine naheliegende, andererseits eine äußerst unwahrscheinliche Gründung. Einerseits war Österreich seit der Moskauer Deklaration 1943 und den Staatsvertragsverhandlungen bis 1955 dazu angehalten, einen offiziellen Nachweis von Tätigkeiten gegen den Nationalsozialismus zu erbringen, also staatspolitisch den Widerstand zu dokumentieren, insofern war die Gründung eines einschlägigen Instituts vielleicht sogar eine Frage der Zeit. Andererseits war nichts ferner liegend als ebendiese Gründung, zumindest in der verwirklichten Form – als überparteilicher, eigenständiger Verein, Forschungs- und Dokumentationsstelle auf antifaschistischer Grundlage inmitten des Kalten Krieges, gegründet von ehemaligen Widerstandskämpfer*innen und aus dem Exil Zurückgekehrten, Holocaustüberlebenden und engagierten Wissenschaftler*innen in Zeiten, in denen wegen der Reintegration ehemaliger Nationalsozialisten der Widerstand trotz seiner offiziellen Bedeutung zum Tabuthema wurde. Das war keine geringe Leistung, und sie war stark verbunden mit Herbert Steiner, dem Gründer des DÖW, der im Jahr 2023 seinen 100. Geburtstag gefeiert hätte. Das DÖW war insofern von Beginn an so etwas wie offizielle Mission und Gegenarchiv in einem: Das Institut hat gesammelt, wo andere nicht sammeln wollten, erzählt, was andere nicht erzählen wollten, war aber auch staatstragend, wo sich der Staat nicht selbst tragen wollte.

Die Geschichte des Instituts ist in mehrerer Hinsicht auch künftig Programm. Das DÖW trat beispielsweise von Anfang an gegen die Bagatellisierung des Widerstands auf, wie sie hegemoniale Veteranenverbände in Österreich an den Tag legten, die den Widerstand geringschätzten und als Verrat diffamierten, bald aber auch gegen den

Opfermythos von Österreich als erstem Opfer „Hitlerdeutschlands“, in dessen Rahmen der Umfang des Widerstands zuweilen zahlenmäßig übertrieben wurde. Ziel war eine ausgewogene, quellengesättigte Darstellung als Geschichte von unten, die sich nicht einem Narrativ einer nationalen „Erlösung“ verschrieb. Mittel dazu war, mit dokumentarischer Methode Quellen breitestmöglich zusammenzutragen und editorisch kuratiert der Forschung als Quellenbasis zur Verfügung zu stellen, als Sammlung wie als Edition, nicht zuletzt in den Bänden „Widerstand und Verfolgung in den Bundesländern“, den Dokumentationen zu den Österreicher*innen im Exil oder der Oral-History-Reihe „Erzählte Geschichte“. Damit wurde Grundlagenforschung betrieben (wie ab Anfang der 1990er Jahre bei der Erfassung der Daten der Holocaustopfer, die Basis für alle folgenden Projekte wie die Shoah-Namensmauer in Wien wurden), aber auch eine Art Vetorecht der Quellen anerkannt. Schon die Breite der gesammelten Quellen – ganz stark etwa auch von Beginn an subjektive Erinnerungen und später Oral History, die auch aus der Geschichte der Arbeiter*innenbewegung kommt – wirkte einer Sakralisierung des Widerstands im engeren Sinne entgegen, wie auch und vor allem die im DÖW zahlreichen ehemaligen Widerstandskämpfer*innen selbst, die sich dagegen verwehrten. Das bedeutete von Beginn an, Sammeln selbst als Widerstand zu begreifen. Geht es um Holocaust und NS-Verbrechen, ist schon das Sammeln an sich, das Bewahren gegen den erklärten Zweck der Vernichtung gerichtet, es ist der letzte Widerstandsakt und der erste Forschungsakt. Die Zweckentfremdung gegen den intendierten Sinn der Dokumente stand am Beginn aller Holocaust-Archive. Das ist auch die Gründungsgeschichte des DÖW: Die ersten Ansätze dazu, das darf man wohl behaupten, hat Herbert Steiner mit seinen Sammlungsbemühungen im britischen Exil getan, z. B. zu Jura Soyfers Typoskripten, verbunden mit den Aufklärungsversuchen, mit Flugblättern und BBC-Radiosendungen des Young-Austria-Sekretärs und der Dokumentation des Geschehens in Exilzeitungen. Damals wie später war das Sammeln also bereits die unmittelbar antifaschistische Dokumentation von Widerstand und Verfolgung im Exil.

Auf der materiellen Basis der eigenen breiten Sammlung gegründet, wurde seit Mitte der 1960er Jahre die Breite des Widerstands betont und im Widerstandsbegriff selbst reflektiert, sie wurde grundlegend für die Sammlungs- und Forschungstätigkeiten des DÖW. Diese Breite ist einerseits eine politische (und reicht von Legitimus bis Kommunismus), andererseits thematisch, denn früh wurden schon Deserteure genannt, früh individueller Widerstand und nonkonformes Verhalten dokumentiert. Diese Breite wurde zunächst von Karl Stadler entlehnt, der 1966 schrieb: „Angesichts des totalen Gehorsamsanspruchs der Machthaber und der auf seine Verletzung drohenden Sanktionen muß jegliche Opposition im Dritten Reich als Widerstandshandlung gewertet werden – auch wenn es sich um einen vereinzelt Versuch handelt, ‚anständig zu bleiben‘.“¹ Diese Breite war für die folgenden Editionsarbeiten grundlegend, etwa die Bände „Widerstand und Verfolgung in den Bundesländern“,

1 Karl R. Stadler, Österreich 1938–1945 im Spiegel der NS-Akten, Wien–München 1966, S. 12.

wie Wolfgang Neugebauer stets festgehalten hat: „Mit dem Projekttitle ‚Widerstand und Verfolgung‘ wird zum Ausdruck gebracht, daß keine enge Begrenzung des Widerstandsbegriffs – etwa auf den aktiven Kampf ‚für ein freies, demokratisches Österreich‘ im Sinne des Opferfürsorgegesetzes 1947 – vorgenommen wird, sondern das ganze Spektrum von Widerstand, Opposition und Unzufriedenheit, von Diskriminierung und Verfolgung, also jede nonkonformistische Reaktion auf die Diktaturherrschaft, dokumentiert werden soll.“² Das Ergebnis war, Pluralismus und Offenheit anzuerkennen – an diese Tradition anknüpfen heißt heute dementsprechend, an Breite und Pluralismus festzuhalten.

Widerstandsforschung im DÖW war und ist aber nicht nur eine breite, sondern auch, wenn man so will, eine widerständige Forschung: Sie tut weh und muss weh tun, sie spricht blinde Flecken an und wendet sich durchaus auch gegen eine Orthodoxie und Erstarrung. Durch die Geschichte hindurch (von Herbert Steiner über Wolfgang Neugebauer, Brigitte Bailer und Gerhard Baumgartner bis heute) wurden im DÖW „unbequeme“ Themen bearbeitet, etwa Forschungen zur Nachkriegsjustiz, zu Neonazismus und Rechtsextremismus, zu linkem Antisemitismus, zu den Opfern des Stalinismus, zu stigmatisierten NS-Opfern wie Rom*nja und Sinti*zze, zu den Opfern der NS-Medizinverbrechen, zum Opferfürsorgegesetz – das sind Themen, die nicht allen gefallen, die auch nicht allen gefallen wollen. Die Mitarbeiter*innen des DÖW betreiben keine gefällige Forschung. Auch das ist Teil der Kultur der Gegenerzählung. Die Widerstandsforschung sollte weder zur „Doxa“³ erstarren, noch eigene Erkenntnisse verharmlosen, bis sie für alle politischen Parteien und zivilgesellschaftlichen Akteure kompatibel ist und ihren erinnerungspolitischen Ansprüchen genügt. Mit dem dokumentaristischen Vetorecht der Quellen ausgestattet bleibt das DÖW vielmehr aufklärerisch und methodisch am Puls der Zeit, aber auch unabhängig – und wenn es sein muss, auch unbequem.

Geschichte von unten zu schreiben (wie das auch der jüngst verstorbene Hubert Christian Ehalt geprägt hat⁴), bedeutet daher auch, stets neue Wege zu gehen, auch im Gegenwind. Das tut das DÖW von Beginn an, in allen seinen Tätigkeitsfeldern, ob in

2 Wolfgang Neugebauer, Zwanzig Jahre Dokumentationsarchiv des österreichischen Widerstandes (1963–1983), in: Helmut Konrad/Wolfgang Neugebauer (Hrsg.), Arbeiterbewegung – Faschismus – Nationalbewusstsein. Festschrift zum 20jährigen Bestand des Dokumentationsarchivs des österreichischen Widerstandes und zum 60. Geburtstag von Herbert Steiner, Wien–München–Zürich 1983, S. 405–415, hier S. 409.

3 „Es gibt die Orthodoxie und die Heterodoxie, aber auch die Doxa, das heißt die Gesamtheit dessen, was als Selbstverständliches hingenommen wird, insbesondere die Klassifikationssysteme, die festlegen, was als interessant bewertet wird und was als uninteressant, wovon niemand denkt, daß es erzählt zu werden verdient, weil keine (Nach)Frage besteht. [...] Das Verborgenste ist das, worüber alle Welt sich einig ist, so einig, daß nicht einmal darüber gesprochen wird, ist das, was außer Frage steht, was selbstverständlich ist.“ Pierre Bourdieu, Für eine Soziologie der Soziologen, in: Derselbe, Soziologische Fragen, Frankfurt/M. 1993, S. 77–82, hier S. 80 f.

4 Vgl. Hubert Christian Ehalt (Hrsg.), Geschichte von unten. Fragestellungen, Methoden und Projekte einer Geschichte des Alltags, Wien–Köln–Weimar 1984 [= Kulturstudien, Bd. 1].

der Widerstandsforschung, der Täterforschung oder und nicht zuletzt in der Rechtsextremismusforschung, die einen integralen Bestandteil der Forschungsstrategie bedeuteten, die in der Verbindung von historischer Dokumentation des Nationalsozialismus auf der einen, des aktuellen Rechtsextremismus und Neonazismus auf der anderen Seite bestanden. *Erstens* wurde die Dokumentation des Rechtsextremismus stets als logische Konsequenz aus der historischen Dokumentation gesehen, als Fortsetzung des notwendigen Widerstands gegen eine altbekannte Gefahr. *Zweitens* ging das DÖW recht pragmatisch an die Arbeit, weil das in Österreich sonst niemand tat. *Drittens* widmete sich ein Großteil der rechtsextremen Publizistik als historischer Revisionismus der Bagatellisierung des Widerstands, der Diffamierung von KZ-Überlebenden, der Leugnung von NS-Verbrechen – es war daher stets notwendig, vor dem Hintergrund historischer Forschung gegen den Rechtsextremismus anzugehen.⁵ *Viertens* aber ist das eine das kulturelle Gedächtnis des anderen: Widerstandsforschung wird in Zeiten des neuen Autoritarismus wieder relevant, relevanter, als uns lieb ist. Ob Orbanismus in Ungarn, Trumpismus in den USA, ein Blick nach Frankreich, Italien, in die Niederlande und nicht zuletzt natürlich auf Österreich, wo die FPÖ in einer ihrer bislang autoritärsten Phasen den österreichischen Rechtsextremismus einbindet, einverleibt, teilweise verkörpert und trotzdem oder womöglich sogar deswegen Umfragen anführt. Der neue Autoritarismus führt zu verstärktem Interesse am Widerstand gegen früheren Autoritarismus,⁶ gegen die historischen Faschismen. Es ist wichtig, auch hier keine vorschnellen Schlüsse und banalisierend-saloppe Vergleiche zu ziehen – aber genau das verhindert man, wenn die historische und die sozialwissenschaftliche Expertise in einem Haus, unter einem Dach versammelt sind, wenn die Interdisziplinarität zu den Kernkompetenzen eines Instituts zählt.

Unser Institut, das DÖW, beging 2023 sein 60. Gründungsjubiläum. Der Festakt fand am 10. Januar 2024 im Wiener Rathaus im Beisein von Bundespräsident Alexander Van der Bellen, Bürgermeister Michael Ludwig, Wissenschaftsminister Martin Polaschek und Stadträtin Veronica Kaup-Hasler statt. Die Redner*innen skizzierten die Geschichte des DÖW, würdigten deren Gründer*innen, allen voran Herbert Steiner, der schon im britischen Exil Gleichgesinnte um sich gesammelt und vielfältige Kontakte geknüpft hatte, und erzählten auch von ihren vielfältigen persönlichen Bezügen zum Thema und zum Institut. Die Reden kreisten um die Themen Demokratie, Rechts-

⁵ Vgl. Neugebauer, Zwanzig Jahre Dokumentationsarchiv des österreichischen Widerstandes, S. 411. Vgl. dazu z. B. auch Wolfgang Benz' Beitrag in einer Festschrift zum 40. Geburtstag des DÖW, in der er darauf als wesentliches Merkmal hinwies: „Ein Beispiel für Notwendigkeit, Wirkung und Erfolg des aufklärerischen Strebens des DÖW ist die Auseinandersetzung mit der ‚revisionistischen‘ Geschichtsschreibung und der von ihr munitionierten Propaganda“. Wolfgang Benz, Gegenwelt des Opernballs. Wissenschaftliches Institut und moralische Instanz, in: DÖW (Hrsg.), 40 Jahre Dokumentationsarchiv des österreichischen Widerstandes 1963–2003, Wien 2003, S. 6–9, hier S. 7.

⁶ Siehe z. B. das wiedererstarke Interesse an vielen Handbüchern und Readern zu Theorien und Erfahrungen mit historischem Faschismus und Nationalsozialismus, Autoritarismus und Rechtsextremismus heute.

staatlichkeit und Freiheit der Wissenschaft, sie erinnerten an Nationalsozialismus und Zweiten Weltkrieg, aus dessen Ruinen ein demokratisches Österreich, ein friedlicheres Europa erstanden war, das es zu verteidigen gilt. Das DÖW ist dabei seit den 1960er Jahren bis heute unbeirrter Dokumentarist und kritischer Mahner – bewahrend, analysierend, vermittelnd.

Diese Rolle(n) und Verdienste des DÖW bezeichnete Margit Reiter, Professorin für europäische Zeitgeschichte an der Paris-Lodron-Universität Salzburg, in ihrer Festrede, die im vorliegenden Jahrbuch abgedruckt ist, als „Gedächtnisspeicher, Wissensraum, Seismograph“. Sie ordnet darin das Institut in den zeitgeschichtlichen Kontext und in die österreichische Erinnerungslandschaft ein. Die Historikerin geht in ihrem Beitrag auf die Jahrzehnte nach dem Krieg, die Zeit der 1960er Jahre ein, als das DÖW mangels staatlicher Initiativen von Privatpersonen und -vereinen gegründet wurde, und vergleicht dies mit zeitgleichen Entwicklungen in der BRD und österreichischen Spezifika wie der Erforschung der austrofaschistischen Diktatur 1933/34–1938, in deren Erinnerung sich bis heute immer wieder ein Graben zwischen den „Lagern“ auftut. Besondere Erwähnung finden in Reiters Ausführungen die Themenbreite des DÖW, die Pionierleistungen und aktuelle Schwerpunkte, aber auch der nostalgische Charme, den die alten Räumlichkeiten in der Wiener Innenstadt noch ein paar Jahre bewahren werden, bevor das Institut in einen (Um-)Bau auf dem geschichtsträchtigen Otto-Wagner-Areal ziehen wird, auf dem 80 Jahre zuvor die Nationalsozialist*innen Kranken- und Kindermorde in großem Umfang durchgeführt hatten.

Die folgenden beiden Tage im Stadtkino des Wiener Künstlerhauses waren dem Symposium zum Thema „Widerstände. Impulse für die Widerstandsforschung“ gewidmet – dem Schwerpunkt des vorliegenden Jahrbuchs. Expert*innen diskutierten über die individuelle Entscheidung zum Widerstand, den parteipolitisch organisierten Kampf und den Eigensinn, über Deserteure und queere Formen der Gegner*innenschaft, über den Widerstand in den Lagern, Ghettos und im Exil, über Handlungsmacht und Handlungsspielräume, über die Quellen und die Aufgaben der Vermittlung. Etliche der Referent*innen haben ihre Ausführungen diesem Jahrbuch zur Verfügung gestellt, das wiederum mit Artikeln von Elisa Frei, Martina Gugglberger, Alexandra Wachter, Brigitte Bailer und Johannes Glack ergänzt wurde.

Im vorliegenden Band nicht in einem eigenen Beitrag thematisiert sind queere und homosexuelle Formen der Widerständigkeit. Im durchgängig bis in die 1970er Jahre gültigen österreichischen Strafgesetz von 1852 wurde Homosexualität, d. h. Sexualkontakte zwischen Männern bzw. zwischen Frauen, in Österreich unter Strafe gestellt. Die Nationalsozialisten eskalierten die Gewalt, nahmen vor allem homosexuelle Männer ins Visier und deportierten reichsweit Tausende in Konzentrationslager, wo sie eine eigene Haftkategorie erhielten und den rosa Winkel tragen mussten. In den 1950er Jahren erreichten Verhaftungs- und Verurteilungszahlen einen letzten Höhepunkt. 1971 wurde das Gesetz aus 1852 im Zuge der Kleinen Strafrechtsreform aufgehoben. In einer homophoben Gesellschaft wurde Homosexualität in den Erinnerungen zum Widerstand und zu den Lagern verschwiegen. Homosexuelle waren aber auch in

der NSDAP und in der Wehrmacht. Erst Mitte der 1990er Jahre wurden Homosexuelle offiziell als NS-Opfer anerkannt. In den letzten Jahrzehnten gewinnt das Thema in seiner ganzen Bandbreite an Bedeutung.

Die Beiträge des Bandes

Ausgehend vom breiten Widerstandsbegriff des DÖW, der immer schon individuelles nonkonformes Verhalten eingeschlossen hat, entfaltet dessen Wissenschaftlicher Leiter Andreas Kranebitter in seinem Beitrag *An den Rändern des Widerstands. Für eine sozialgeschichtliche Widerstandsforschung* den Begriff an seinen Peripherien. Kranebitter verweist dabei auf die Dreiteilung von Gerhard Botz in politischen Widerstand, sozialen Protest und abweichendes Verhalten entlang der Achsen des Organisationsgrades, der Öffentlichkeit und des offensiven bzw. defensiven Charakters von Handlungen. So könne innerhalb eines breiten Widerstandsbegriffs eine notwendige Hierarchisierung vorgenommen werden, ohne den Blick zu sehr zu verengen. Es gehe nämlich grundsätzlich, so Kranebitter, um „eine sozialgeschichtliche Sichtbarmachung von Gegenhandeln in einer Gesellschaft mit totalitärem Anspruch“. Dies müsse nonkonformes Verhalten, Renitenz und Resistenz einbeziehen und auch Kriminalität auf deren widerständiges Potential hin untersuchen. Es musste nicht alles politisch gemeint sein, um politisch zu sein. Kranebitter weist auf eine weitere notwendige Unterscheidung hin: Widerstand im Konzentrationslager bedeutete nicht dasselbe wie Widerstand im Nationalsozialismus – das Lager hatte noch einmal seine eigenen, oft völlig konträren Gesetzmäßigkeiten. Jedes Lager war für jeden Häftling bzw. jede Häftlingsgruppe zu verschiedenen Zeiten elementar anders. Kranebitter beschäftigt sich mit den Handlungsoptionen von als Berufsverbrecher bzw. als Asoziale Etikettierten zwischen offener Kollaboration über Eigensinn als punktuelle Renitenz bis hin zum Widerstand. Eigensinn (Alf Lüdtke) und Widerstand in den Konzentrationslagern zeigten sich in verschiedenen Formen, oftmals „zeigte“ sich Widerstand dort aber nicht, durfte sich nicht zeigen, konnte daher auch nicht gesehen werden. Diese Unsichtbarkeit des Widerstandes, die physische Nähe zu den Tätern in den KZ bedeutete nicht automatisch Komplizenschaft, war aber für den „normalen“ Häftling schwer zu deuten. Für Kranebitter liegen die Unterschiede innerhalb des Widerstandsspektrums nicht in verschiedenen Kategorien, sondern graduell auf einer Skala. Wesentlich sei zudem, eine mögliche Intersektionalität, also die Überschneidung und Gleichzeitigkeit mehrerer Verfolgungsgründe, in den Blick zu nehmen und nicht weiter in sich wechselseitig ausschließenden Kategorien zu denken.

Der Direktor der Stiftung Gedenkstätten Buchenwald und Mittelbau-Dora Jens-Christian Wagner skizziert im Beitrag *Widerstand revisited. Plädoyer für eine Wiederentdeckung des Themas Widerstand in der Arbeit der KZ-Gedenkstätten* die Erfolge und Defizite der Beschäftigung mit der NS-Vergangenheit in Deutschland, wobei er einen

Opferzentrismus und ein Verkennen der Bandbreite des Widerstandes konstatiert. Nach der Instrumentalisierung des Widerstandes für die jeweiligen Geschichtsnarrative in BRD und DDR nach dem Krieg sei zuletzt der Fokus so sehr auf dem Holocaust gelegen, dass der Widerstand, die Verfolgung der Rom*nja und Sinti*zze und der als Berufsverbrecher Klassifizierten sowie die Krankenmorde nicht im Blick gewesen seien. Der Opferdiskurs, so Wagner, mache Menschen zu Objekten und nehme sie nicht als Akteur*innen wahr. Zudem fokussiere sich die Wahrnehmung der Öffentlichkeit, aber auch die Gedenkstättenarbeit wie in Bergen-Belsen auf Ikonen wie Anne Frank. Damit gehe ein Opferbild einher, das auf vermeintlich passive, unpolitische Schicksale rekurriere, Ambivalenzen werden geglättet, unbequeme Sachverhalte nicht diskutiert. Während auf den Schulhöfen „Opfer“ mittlerweile ein Schimpfwort sei, habe der Opferzentrismus eine hohe Aufladung des Begriffs mit sich gebracht. Die Forschenden und auch Erinnernden müssen aber Distanz wahren, Wagner verdeutlicht, dass eine moralische Selbstüberhöhung in der Trauer um die Opfer eine Aufarbeitung verhindere und eine Identifikation regelrecht anmaßend sei. Gegen eine so vereinfachte (vermeintliche) Versöhnung mit der Vergangenheit ohne allzu schmerzvolle Aufarbeitung plädiert Wagner für eine schonungslose Beschäftigung mit der NS-Vergangenheit und all ihren Exkludierungsmaßnahmen. Man müsse Widerstand und Resistenz jenseits von Kitsch und Entkontextualisierung wiederentdecken und differenzieren, eine begriffliche Klarheit herstellen, Ambivalenzen aushalten, Grautöne darstellen, sperrige Biografien in der Gedenkstättendidaktik verwenden, um die Jugendlichen zum Nachdenken anzuregen und ihr Urteilsvermögen auszubilden.

Entlang der Biografie von Tilly Spiegel erinnert Ina Markova (Institut für Zeitgeschichte der Universität Wien) an die Hochzeiten der Arbeiterbewegungs- und Sozialgeschichte von den 1960er bis zu den 1980er Jahren, an die „Geschichte von unten“, die Alltagsgeschichte von diskriminierten Gruppen, die oft in regionaler Perspektive bis dahin Ungehörte in den Mittelpunkt stellte. Nach den Impllosionen der realsozialistischen Länder geriet die Geschichtsschreibung der Arbeiterbewegung in eine Krise und ging in einer „Kulturgeschichte“ auf, die in Österreich – so Markova in ihrem Artikel *Biografisch arbeiten: Reden und Schweigen der Quellen am Beispiel der politischen Biografie Tilly Spiegels* – mit dem Paradigma „Gedächtnis“ arbeite. Markova betont, dass Biografiefarbeit immer auch eine Beschäftigung mit der jeweiligen Gesellschaft und Geschichte bedinge. Tilly (Ottilie) Spiegel (1906–1988) bot der Forscherin mehrere Ebenen der Betrachtung: Frau, Jüdin, „exkommunizierte“ Kommunistin, Widerstandskämpferin, Forscherin. Die junge Kommunistin war bereits gegen den Austrofaschismus aktiv, engagierte sich für die Spanische Republik in ihrem Abwehrkampf gegen den Faschismus, kämpfte in der französischen Résistance. Spiegel wirkte am Aufbau des DÖW mit und zählte in den 1960er Jahren zu den ersten NS-Forscher*innen – ihre Pionierarbeit befasste sich mit Frauen und Mädchen im Widerstand. Heute, so Markova, sei der Kommunismus keine Bedrohung mehr und Biografien wie die von Tilly Spiegel daher (eher) akzeptiert. Eine Biografie zu verfassen, bedeute, Spuren zu einer Erzählung zu verbinden, resümiert Markova, die offene Fragen bei Spiegels biografi-

schen Spuren, Leerstellen und Widersprüchen zwischen Zuschreibungen aus offiziellen Quellen und Selbstbeschreibungen beleuchtet, und fordert eine gründliche und vorsichtige Quellenarbeit ein. Während des Entstehungsprozesses des vorliegenden Bandes erhielt das DÖW über Ina Markova Dokumente von Spiegels in Israel lebendem Neffen Ilan Reisin. Diese Dokumente ergänzen den Nachlass im DÖW sowohl zu Tilly als auch zu Leopold Spiegel, der 1938 in die USA geflüchtet war und nach dem Krieg in Frankfurt am Main für die Zeitschrift „Der Aufbau“ arbeitete.

Wolfgang Benz (Technische Universität Berlin) widmet sich in *Die individuelle Entscheidung zum Widerstand* der Unterscheidung der Begrifflichkeiten und wendet sich gegen einen breiten Widerstandsbegriff. Das Ballen der Faust in der Abgeschiedenheit des Privaten müsste nach der Definition von Stadler als Widerstand gelten, dem Benz nicht zustimmen möchte. Benz plädiert hingegen für eine Differenzierung zwischen Widerstand, Opposition, Regimekritik, zivilem Ungehorsam. Schwarzschlachten diene dem Eigennutz und nicht der Absicht, dem Regime zu schaden. Georg Elzers Attentatsversuch auf Hitler 1939 wiederum wäre definitiv eine Widerstandshandlung gewesen. Wer einen regimefeindlichen Witz einem gleichgesinnten Freund zuraunte, sei anders zu beurteilen, als wer dies öffentlich vor Publikum gemacht hatte. Widerstand ist für Benz mehr als Verweigerung und schweigende Ablehnung. Am Anfang stehe der Wille, der individuelle Entschluss zum Widerstand. Wesentlich seien auch das Bekenntnis und die Bereitschaft, die Konsequenzen der Handlung zu tragen. Widerstand sei mehr als das Beharren auf persönlichen Einstellungen, eines seiner zentralen Elemente sei die Gefährdung des oder der Widerständigen. Benz unterscheidet in seinen Ausführungen Verweigerung (als persönliche Abwehr von Herrschaftsanspruch), Opposition (als stille Haltung) und Widerstand (als bewusstes Handeln). Widerstand im eigentlichen Sinne sei ein Handeln aus grundsätzlicher Ablehnung des Nationalsozialismus mit dem Ziel, das Regime zu beenden. Benz referiert die Widerstandsnarrative der BRD (Juli 1944) und DDR (kommunistischer Widerstand) und erläutert seinen Widerstandsbegriff anhand mehrerer Beispiele aus dem deutschen Widerstand, wie Georg Elser, Lina Haag oder Rupert Mayer und Julius von Jan, deren Motive sich zwischen kommunistischen und christlichen Überzeugungen bewegten und die bereit waren, die Konsequenzen für ihre Haltung zu tragen.

27.000 Soldaten aus Vorarlberg dienten in der Wehrmacht, viele davon in Gebirgsdivisionen in ganz Europa. Die Verweigerung, Wehrdienstentziehung, Fahnenflucht, jede Aufforderung, Verleitung oder Hilfe dazu konnten als Wehrkraftzersetzung und Verrat an der nationalsozialistischen „Volksgemeinschaft“ mit dem Tode bestraft werden. Peter Pirker (Institut für Zeitgeschichte Innsbruck, Institut für Geschichte Klagenfurt) und sein Team haben im Forschungsprojekt an der Universität Innsbruck „Deserteure der Wehrmacht. Verweigerungsformen, Verfolgung, Solidarität, Vergangenheitspolitik in Vorarlberg“ 256 Deserteure aus Vorarlberg recherchiert, bei 235 konnte der Fluchtverlauf nachvollzogen werden. Das Ziel war überwiegend das neutrale Ausland – vor allem die Schweiz oder (aufgrund der Nähe zur „Eismeerfront“) Schweden –, andere versteckten sich in ihrer Heimat. Die Flucht war in 60 % der Fälle erfolg-

reich, 27 Personen haben die Flucht nicht überlebt. Damit lag die Todesrate deutlich unter der Gefallenenquote von 17 %. Der Anteil von Deserteuren an den eingerückten Vorarlbergern lag dennoch bei lediglich etwa einem Prozent.

Kaum jemand entzog sich von Beginn an aus politischen, religiösen oder humanitären Überzeugungen. Manche wollten sich der rigiden Sozialordnung entziehen. Die meisten desertierten später, nach Jahren an der Ostfront oder im zermürbenden Stellungskrieg im hohen Norden, sie wollten sich dem „morbiden Aufopferungsfanatismus“ entziehen, hatten Gräuel und Massenmorde in den besetzten Gebieten miterlebt. Pirker skizziert im Artikel *Fluchtwiderstand – Deserteure der Wehrmacht in Vorarlberg* ebenso regionale Herkunft und sozialen Status der Deserteure, die Rolle der Helferinnen und die vorenthaltene Opferfürsorge für Hinterbliebene Hingerichteter – Pirker stellt dem die meist unbehelligte Nachkriegskarriere der Juristen der Militär- und Sondergerichte gegenüber. Die Hilfe für Familienangehörige wurde als persönlich, nicht als politisch motiviert eingestuft, de facto ein Ausschluss aus der Opferfürsorge. Pirker berichtet aber auch vom Stolz vieler Familien auf diese ihre Geschichte. 2009 beschloss der österreichische Nationalrat das Aufhebungs- und Rehabilitationsgesetz, mit dem alle Opfer der NS-Militärjustiz, der Erbgesundheitsgerichte und des Volksgerichtshofs pauschal und umfassend rehabilitiert sind.

Elisa Frei, Martina Gugglberger und Alexandra Wachter gehen in ihrem Beitrag *Späte Würdigung. Gedenken an Frauen im Widerstand in Oberösterreich* aktuellen Denkmalsetzungen nach und erzählen von den spät gewürdigten widerständigen Frauen. Zwar wurde bereits im Mai 1945 in Steyr-Münichholz die Herta-Schweiger-Straße eingeweiht, dies blieb aber in diesem Bundesland jahrzehntelang die einzige Straße, die nach einer Widerstandskämpferin benannt war. Die nächste Benennung geschah 55 Jahre später, im Jahr 2000, in Ebensee. Weitere (wenige) Würdigungen folgten. Ausgehend von diesem dramatischen Befund analysieren Frei, Gugglberger und Wachter die jüngsten Denkmalprojekte in Bad Ischl und Linz, die durchaus auf ein geändertes öffentliches Bewusstsein hinweisen und mittlerweile auch queere Opfergruppen in den Blick nehmen. Die Autorinnen haben 2021 ihre Studie „Widerstand und Zivilcourage. Frauen in Oberösterreich gegen das NS-Regime 1938–1945“ veröffentlicht und diskutieren auch im vorliegenden Jahrbuch die vermeintliche Gegensätzlichkeit zwischen politischem Widerstand und Alltagswiderstand, die Bedeutung des Geschlechts und die Kategorisierung eines weiblichen Widerstandes. In einem vermeintlich nicht-öffentlichen, nicht-politischen Raum, in einem sogenannten Alltag haben Frauen unter großen Risiken und Entbehrungen gesorgt, versorgt, versteckt, geschmuggelt, organisiert, gepflegt, unterstützt – und haben dies oft selbst nach 1945 nicht als Widerstand begriffen. Damit rücken auch Frei, Gugglberger und Wachter das Handeln in den Mittelpunkt, nicht die Motivation (eines weltanschaulichen Dissenses). Statt den Alltagswiderstand als weiblich zu definieren, sollte auch nach dem Alltagswiderstand von Männern gefragt werden. Wie andere Befürworter*innen eines weiten Widerstandsbegriffes in diesem Band betonen auch die Autorinnen, dass dies keiner inflationären Anwendung den Weg ebnen soll.

Forschungen des DÖW, Desiderata und neue Wege

Ausgewählte Forschungsfelder des DÖW sind Inhalt der Beiträge von Winfried R. Garscha und Claudia Kuretsidis-Haider. Weitere zentrale Themen – darunter die NS-Medizinverbrechen, die Verfolgung der Rom*nja und Sinti*zze, Restitution und Entschädigung sowie Rechtsextremismus und Antisemitismus – können an dieser Stelle nur erwähnt werden bzw. sind im Tätigkeitsbericht näher umrissen.

Winfried R. Garscha war Jahrzehnte Archivar des DÖW und hat selbst viele Forschungen und Projekte zum österreichischen Widerstand angestoßen, durchgeführt und das DÖW mit geprägt. In seinem Beitrag *Die Dokumentation von Widerstand und Verfolgung als Kernaufgabe des DÖW* taucht er in die Vorgeschichte um die Errichtung des DÖW ein, nennt einige der so vielen Beteiligten, sodass – in der Zusammenschau mit den Beiträgen von Andreas Kranebitter und Claudia Kuretsidis-Haider, aber auch dem Festvortrag von Margit Reiter und dem Tätigkeitsbericht von Christine Schindler – ein Eindruck der DNA des Hauses entsteht, die bis heute die Arbeit von innen heraus trägt.

Die Anfänge waren ebenso materiell bescheiden wie menschlich engagiert. Sie waren geprägt von Herbert Steiners Fähigkeiten, Menschen zu einem gemeinsamen Anliegen zusammenzubringen. Zu Beginn wurden, mit wenig archivarischer Erfahrung, Dokumente, Bücher und Fotos gesammelt, gleichzeitig tragfähige Strukturen aufgebaut und erste, teils bahnbrechende, Publikationen herausgegeben, die die Verfolgten und Widerständigen zum Thema hatten. In der Reihe „Monographien zur Zeitgeschichte“ kamen bereits Mitte der 1960er Jahre Untersuchungen zum Holocaust, zur Verfolgung der Rom*nja und Sinti*zze oder zum Widerstand von Frauen heraus – *Public History avant la lettre*. Ab Mitte der 1970er Jahre folgte die Editionsreihe zu Widerstand und Verfolgung in den österreichischen Bundesländern – durch die Kombination Widerstand und Verfolgung konnte die gesamte Bandbreite des Verhaltens dargestellt werden. Es folgten ab den 1980er Jahren Oral-history-Bände und Arbeiten zu den Verbrechen der NS-Medizin. Das DÖW war oftmals federführend in der Thematik, verschiedene Desiderata blieben aber bis heute bestehen, beispielsweise der Widerstand von Zwangsarbeiter*innen und Kriegsgefangenen.

DÖW-Archivarin Claudia Kuretsidis-Haider beschreibt weitere Forschungs- und Sammlungsbereiche des DÖW: *Erinnerungskultur(en), Exil und Nachkriegsjustiz. Drei Dokumentations- und Forschungsfelder am DÖW*. Pionierarbeiten waren in den 1990er Jahren die Bände von „Gedenken und Mahnen“ von Heinz Arnberger, Herbert Exenberger und Claudia Kuretsidis-Haider, die Erinnerungszeichen in Wien und Niederösterreich detailreich auflisten. Das Online-Tool Memento Wien – 2016 initiiert und in den Folgejahren erstellt von Wolfgang Schellenbacher für das DÖW gemeinsam mit der Firma Braintrust – verweist auf die Schicksale von mehr als 54.000 NS-Opfern und macht über den virtuellen Stadtplan die letzten Wohnadressen der Ermordeten sowie eine Reihe von Archivdokumenten und Fotos zu Personen und Gebäuden in der Stadt sichtbar.

Diese Grundlagenarbeiten und Datenbanken des DÖW sind oft Ausgangsbasis für Forschungen und Projekte außerhalb des Institutes. So gingen die jahrzehntelangen Forschungen zur namentlichen Erfassung der österreichischen Holocaustopfer in die Shoah-Namensmauern-Gedenkstätte ein, die seit 2021 im 9. Wiener Gemeindebezirk an die mehr als 64.500 ermordeten österreichischen Juden und Jüdinnen erinnert. Gemeinsam mit Winfried R. Garscha hat Claudia Kuretsidis-Haider die Zentrale österreichische Forschungsstelle Nachkriegsjustiz aufgebaut, die sich mit den österreichischen Nachkriegsprozessen gegen die NS-Täter befasst.

Kuretsidis-Haider weist in ihrem Beitrag auf ein aktuelles Problem hin, das mit einem anlassbezogenen Erlass des Justizministeriums aus 2019 entstanden ist. Bis dahin war seit den 1990er Jahren die Einsicht in Justizakten wegen NS-Verbrechen in der Regel und nach Maßgabe des Datenschutzes sowohl für die wissenschaftliche Forschung als auch darüberhinausgehende Personenkreise meist gut möglich. Seit dem Erlass 2019 ist dieser Quellenbestand nur mehr eingeschränkt benutzbar. Letztlich führt dies – wenngleich aus formalen, nicht inhaltlichen Gründen – zum Täterschutz und zum Verschweigen der Beteiligung von Österreicher*innen an den NS-Verbrechen. Der unbestritten essenzielle Datenschutz darf nicht zum Täterschutz werden, eine rasche unbürokratische Lösung wird von der Forscherin vehement gefordert.

Diese Nachkriegsverfahren sind auch die Quelle für die Masterarbeit von Johannes Glack „Zwischen Endkampf und Werwolf. Die Täter der Endphaseverbrechen im April 1945 im Kreis Scheibbs. Eine mikrohistorische Analyse von Gerichtsakten“ an der Universität Wien, die mit dem Herbert-Steiner-Preis 2023 ausgezeichnet wurde, den das DÖW und die International Conference of Labour and Social History (ITH) jährlich verleihen. Im Jahrbuch erzählt Glack von den Massakern, wie es dazu kam, wer die Täter waren und was sie dazu trieb: *„...unserem Vaterland feindlich gesinnt und möglicherweise gefährlich“: Tätermotive bei Endphaseverbrechen am Beispiel der Verbrechen von Göstling an der Ybbs und Randegg im Bezirk Scheibbs im April 1945*. Trotz mehrerer Verfahren nach dem Krieg kann von einer umfassenden Aufarbeitung, geschweige denn Sühne der Verbrechen keine Rede sein.

Forschung zu Rechtsextremismus

Ein wesentlicher Arbeitsbereich des DÖW ist die Forschung zu Rechtsextremismus, Neonazismus, Antisemitismus, Rassismus nach 1945 in Österreich. Brigitte Bailer gehörte Anfang der 1980er Jahre zu den ersten Forscher*innen am DÖW, die sich mit diesem Thema beschäftigten. Im Beitrag *Kontinuitäten und Diskontinuitäten der FPÖ-Programmatik im Kontext des Rechtsextremismus und Deutschnationalismus* analysiert sie die FPÖ-Programme sowie andere programmatische Texte von ihren Anfängen Mitte der 1950er Jahre bis heute. Im Fokus des Beitrages stehen die Kategorien Deutschnationalismus, Europavorstellungen, Volksgemeinschaft, Demokratiekritik,

Fremdenfeindlichkeit, Frauen- und Geschlechterbild. Bailer zeichnet die Entwicklungen in der Partei nach, thematisiert die Nähe- und Distanz-Bewegungen zu Liberalismus, Deutschnationalismus, Rechtsextremismus und befundet auch die aktuelle Verortung der Partei.

Mit Unterstützung durch das Wissenschaftsministerium baute das DÖW in den vergangenen Jahren den Forschungsbereich aus, um auch Formen des migrantischen Rechtsextremismus zu beobachten und zu erforschen. Für diesen Teilbereich ist Evrim Erşan Akkılıç am DÖW zuständig, die in ihrem Beitrag *Postmigrantische Perspektive und transnationaler Ansatz in der Rechtsextremismusforschung* dafür plädiert, Migrant*innen als politische Subjekte wahrzunehmen, nicht nur als Betroffene von Rassismus. Sie selbst befasst sich vor allem mit der transnational vernetzten rechtsextremen türkischen Ülkücü-Bewegung der „Grauen Wölfe“, die in den letzten 50 Jahren in vielen Ländern Europas – zuerst in Deutschland, später auch in Österreich – Fuß fassen konnte und sich durch einen hohen Institutionalisierungsgrad mit vielen (sich nach außen hin unpolitisch zurückhaltenden) Vereinen auszeichnet. Statt der gebräuchlichen Bezeichnungen wie „Ultranationalisten“ oder „türkische Nationalisten“ empfiehlt Erşan Akkılıç den Begriff „türkischer“ bzw. „türkeistämmiger Rechtsextremismus“.

Migrantischer Rechtsextremismus in einer postmigrantischen Gesellschaft sei ein komplexes Phänomen und war daher allzu lange aus der Wahrnehmung ausgeschlossen – auch aus der Wahrnehmung von Behörden und vor allem der antifaschistischen Linken aus Sorge vor einer Verstärkung des rassistischen Diskurses. Die Migrant*innen würden zudem als Objekte wahrgenommen, sodass die Perspektive der vom Rechtsextremismus der Ülkücü-Bewegung Betroffenen – Kurd*innen, Alevit*innen, Armenier*innen, türkeistämmige Aktivist*innen – lange keine Bedeutung hatte. Mittlerweile habe sich dies geändert und Erşan Akkılıç referiert Fragen zur Begrifflichkeit, wie sie aktuell in Deutschland und Österreich diskutiert werden. Die ursprüngliche Rechtsextremismus-Definition von Willibald Holzer beziehe sich auf den klassischen deutschnationalen Rechtsextremismus; diesen müsse man in Hinblick auf migrantische Erscheinungsformen erweitern, also auch die Unterschiede benennen. Man dürfe auf keinen Fall die transnationalen Verbindungen außer Acht lassen – weder sei es vereinfacht ein aus dem Ausland importiertes Problem bzw. der fehlenden Integration der Migrant*innen zuzuschreiben, noch liege die ausschließliche Ursache in einer feindlichen Aufnahmegesellschaft. Die Berücksichtigung transnationaler Lebenswelten durchbreche ein solches Entweder-Oder-Schema. Überwunden würde dabei auch das binäre Denken in Migrant*innen und Nicht-Migrant*innen. Vor allem müsse die postmigrantische Jugend miteinbezogen werden, die selbst oft keine eigene Migrationserfahrung hat, aber deren lebensweltlicher Hintergrund in vielfältiger Weise von Migration bestimmt ist.

Die Ausführungen der DÖW-Mitarbeiterin waren Teil einer Podiumsdiskussion zur aktuellen Rechtsextremismusforschung während des Symposiums. Auch der Beitrag von Fiona Kalkstein (Else-Frenkel-Brunswik-Institut der Universität Leipzig) Zum

uneinlösbaren Versprechen der Triebrituale. Wie faschistische Ideologien und Rechtsextremismus archaische Sehnsüchte berühren ist ihr verschriftlichter Vortrag der Veranstaltung. Sie thematisiert die Funktion des Rechtsextremismus, des Faschismus, des politisch-religiösen Fundamentalismus für die Befriedigung unbewusster und zwangsläufig unerfüllter Sehnsüchte nach Sicherheit, Stabilität, fester Ordnung und klarer Hierarchie. Diese Bedürfnisse sind in krisenhaften Zeiten besonders aktualisiert, so ihre These. Phänomene wie den Rechtsextremismus müsse man auf individueller und auf gesellschaftlicher Ebene untersuchen und dabei Ängste und Wünsche der Menschen erheben und die ihnen zugrunde liegenden realen Probleme am Arbeits- und Wohnungsmarkt oder in der Ökologie analysieren. Die neoliberale Ordnung sei nicht mehr in der Lage, grundlegende gesellschaftliche Probleme wie den Klimawandel zu lösen. Rechtsextreme, faschistische, autoritäre, fundamentalistische Ideologien befriedigen vor diesem Hintergrund das Bedürfnis nach einfachen Lösungen. Sie bieten jedoch nur ein uneinlösbares Versprechen nach Harmonie durch Selektion. Im Rechtsextremismus werden tiefgreifende gesellschaftliche Widersprüche sichtbar. Werden diese nicht demokratisch angegangen, so lässt sich das Problem der zunehmenden Hinwendung zu rechtsextremen Ideologien nicht beheben.

Die Beiträge des Jahrbuches spannen den Bogen von der klassischen Widerstandsforschung über neue Zugänge und Sichtweisen bis hin zu aktuellen gesellschaftspolitischen Herausforderungen. Ob der Widerstandsbegriff eng gefasst wird und ihm Begriffe wie Opposition, Resistenz, Renitenz, nonkonformes Verhalten zur Seite gestellt werden oder der Widerstandsbegriff in diesen Begriffen ausdifferenziert wird, ist Gegenstand einer nicht abgeschlossenen wissenschaftlichen Diskussion. Grundsätzlich sind Kategorisierungen als praktische heuristische Instrumente zu verstehen, nicht als starre Schemata. Es gilt keine moralische Rangordnung zu erstellen, Anliegen ist vielmehr, die Geschehnisse und Schicksale zu erforschen und in aller Differenziertheit darzustellen, die Vielfalt, die Ambiguitäten und Ambivalenzen und die Übergänge in all den Handlungsoptionen, -spielräumen und -grenzen zu entdecken. Forschungsfragen wiederum unterliegen Konjunkturen und werden oft durch Aktenzugänge und Forschungsförderungen beeinflusst. Wesentlich für das DÖW, für eine engagierte demokratische und offene Forschung und Gesellschaft ist die Übersetzung der Erkenntnisse in die Vermittlung von Zusammenhängen an jede Generation, ist Extremismusprävention und Stärkung kritischer Urteilsfähigkeit.

Das Jahrbuch des DÖW

Das Jahrbuch des DÖW erscheint durchgehend seit 1986, seit 2023 im DeGruyter-Verlag. Parallel zur Print-Ausgabe ist es auch im Open Access verfügbar. Ein Peer-Review-Committee wurde 2023/24 zusammengestellt – die Namen der externen und internen Expert*innen sind im Impressum aufgelistet – und begutachtet die Artikelvorschläge

in einem Open-Peer-Review-Verfahren. Diese begutachteten Beiträge sind künftighin im Kapitel „Artikel“ angeordnet, während in der Rubrik „Debatten“ weiterhin Platz für kürzere Ausführungen und Werkstattberichte bleibt. Der Tätigkeitsbericht *Weichenstellungen. Das Dokumentationsarchiv des österreichischen Widerstandes 2023* beschließt das Jahrbuch und führt von den grundsätzlichen Fragen zu den konkreten Umsetzungen in Projekten, Veranstaltungen, Forschungen.